

JURISTISCHE STUDIEN

Herausgegeben von
Mitgliedern des Fachbereichs Rechtswissenschaft
der Universität Tübingen

Band 33

Gerd Dähn

**Die öffentliche Bloßstellung
in der Strafrechtsreformdiskussion**



1971

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Die öffentliche Bloßstellung in der Strafrechtsreformdiskussion

unter besonderer Berücksichtigung des § 145 AE

von

GERD DÄHN



1 9 7 1

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	1
1. Kapitel	
Die sog. Intimsphärenproblematik und die bisherigen Lösungsversuche	7
A) Die sog. Intimsphärenproblematik	7
I. Begriffe	8
II. Ausgangslage	10
1. Rechtsgut	11
2. Strafbedürfnis	13
3. Lücke im StGB	17
III. Problematik einer gesetzlichen Regelung	19
1. Abgrenzung strafwürdiger Fälle	19
2. Verhältnis zum Ehrenschutz	21
B) Überblick über die bisherigen Lösungsversuche	24
I. Strafrechtsreform	24
II. Vorgeschlagene Abgrenzungen	27
III. Lösungsversuche zur Konkurrenzproblematik	33
1. Ehrenschtzlösungen	33
2. Echte Konkurrenzproblematik, Lösungsvorschläge	36
a) Wahlrecht des Verletzten	37
b) Totaler Wahrheitsbeweisausschluß	38
c) Weitere Vorschläge	39
d) Konzept von Arzt	42
2. Kapitel	
Ausgestaltung des Diskretionsschutzes im Alternativ-Entwurf	46
A) Das Rechtsgut und seine Verletzung	47
B) Tatbestand	49
I. Das Merkmal "bloßstellen"	50
1. Wortbedeutung	50
2. Eingrenzung des Tatbestandes	52

a) Ausscheiden von Formalien	52
b) Einwilligung	55
aa) Lösung über den Begriff der Intimsphäre	57
bb) Problematik der Einwilligungs- und Mehrfachveröffentlichungsfälle	59
aaa) Wiederholende Bloßstellung	59
bbb) Parallelveröffentlichung bei genehmigter Vorveröffentlichung	61
ccc) Beschränkte und widerrufenen Einwilligung	68
cc) Ergebnis	71
3. Zusammenfassung	71
II. Höchstpersönlicher Lebensbereich	73
1. Brauchbarkeit des Merkmals	73
2. Negativer Akzent, Kennzeichnung der Verletzung	82
3. Zurückliegende Verfehlungen	87
4. Berichterstattung über Strafverfahren	88
5. Ergebnis	91
III. Die öffentliche Erörterung	92
1. Erörtern	92
2. Beschränkung auf Veröffentlichungen	93
IV. Ergebnis	102
C) Rechtswidrigkeit	102
I. Verständliches Mitteilungsbedürfnis und vertretbare Kritik	103
1. Verständliches Mitteilungsbedürfnis	103
2. Vertretbare Kritik	105
3. Ergebnis	106
II. Wahrnehmung berechtigter Interessen	106
1. Das geltende Recht (§ 193 StGB)	106
2. Interessenwahrnehmung durch Indiskretion?	107
3. Standort der Regelung	110
4. Interessenabwägung	112
5. Prüfungspflicht	114
6. Angemessenheitsklausel	117
7. Ergebnis	119

D) Wahrheitsbeweis; Verhältnis zum Ehrenschutz; entspr. Geltung des Beleidigungsrechts	120
I. Wahrheitsbeweis	120
1. Abhängigkeit von Interessenwahrnehmung	120
2. Bedenken gegen Wahrheitsbeweisausschluß	123
3. Beweis des guten Glaubens	124
4. Beweisrisiko	127
II. Verhältnis zum Ehrenschutz	127
III. Entsprechende Anwendung des Beleidigungs- rechts	131
1. Verunglimpfung Verstorbener durch Bloßstellung	131
2. Entsprechende Geltung der §§ 141 bis 144 AE	133
IV. Strafraumen	134
V. Ergebnis	135
3. Kapitel	
Eigener Vorschlag mit Begründung (= Zusammen- fassung)	137
A) Gesetzesvorschlag	136
B) Begründung (Zusammenfassung)	137
I. Rechtsgut	137
II. Tatbestand	137
1. Bloßstellung	137
2. Höchstpörsönlicher Lebensbereich	138
3. Öffentliche Erörterung	139
III. Rechtswidrigkeit	139
IV. Wahrheitsbeweis	140
V. Verhältnis zum Ehrenschutz	141
VI. Entsprechende Anwendung des Beleidigungsrechts	141
VII. Strafraumen	141
Literaturverzeichnis	142
Stichwortverzeichnis	153

JURISTISCHE STUDIEN

Herausgegeben von
Mitgliedern des Fachbereichs Rechtswissenschaft
der Universität Tübingen

Band 34

Rita Wetzel

Die Zurechnung
des Verhaltens Dritter
bei Eigentumsstörungstatbeständen



1971

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Die Zurechnung des Verhaltens Dritter bei Eigentumsstörungstatbeständen

unter besonderer Berücksichtigung
der Wissenszurechnung

von

RITA WETZEL



1 9 7 1

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

I n h a l t

Die Aufgabe	1
1. Kapitel	
Zurechnung von fremdem Verhalten im Bereich der §§ 985 ff.	
§ 1 <u>Zurechnung des bei einem Besitzdiener vorliegenden Besitzentziehungstatbestandes</u>	3
I Gesetzliche Regelung	3
Besitzausübung durch Besitzdiener	3
II Ausdehnung des § 855 auf den Besitzerwerb	6
1. Begründung der Zurechnung	7
a) Bedeutung der Besitztheorien dafür	7
b) Bisherige Lösungsversuche	8
c) Insbesondere die entsprechende Heranziehung der Vorschriften über die Stellvertretung	10
d) Das "soziale Abhängigkeitsverhältnis" als Zurechnungsgrund	15
2. Erkennbarkeit des Abhängigkeitsverhältnisses	17
3. Abgrenzung Besitzdiener- und Auftraggebererwerb	17
4. Eigen- oder Fremdbesitzerwerb des Besitzherrn	19
III Zurechnung auch des unrechtmäßigen Besitzes?	20
§ 2 <u>Bösgläubigkeit beim Besitzerwerb durch Besitzdiener</u>	21
I Besitzerwerb durch einen bösgläubigen Besitzdiener	21
1. Überblick über die bislang in Literatur und Rechtsprechung vertretenen Zurechnungskonstruktionen	23

2. Zurechnung über § 278	23
3. Entsprechende Anwendung des § 831	24
a) Zurechnung auch von Verschulden?	25
b) § 990 als deliktsähnlicher Tatbestand	26
(1) Eigentumsverletzung und verbotene Eigenmacht	27
(2) Eigentumsverletzung (§ 823/I) und fehlendes "Recht zum Besitz" (§§ 985, 986)	29
4. Entsprechende Anwendung des § 166	36
a) Stellung von "Kenntnis und Kennenmüssen" in § 166	37
b) Bedingtheit des § 166 durch die Zurech- nung einer Willenserklärung	38
c) Überblick über die bisherigen Lösungsver- suche der Wissenszurechnung	40
d) Verhältnis einer Wissenszurechnung analog § 166 zu den im Gesetz geregelten Zurech- nungsfällen	46
(1) Zu § 278; "Wissen und Wissenmüssen" als Obliegenheitsverletzung?	46
(2) Zu § 831	51
e) Notwendigkeit einer Modifizierung der ent- sprechenden Anwendung des § 166?	53
(1) Unterscheidung in "stellvertreter"- und "botenähnliche" Besitzdiener	53
(2) Einschränkung unter dem Gesichtspunkt des "Repräsentationsgedankens"	54
(3) Eingrenzung der Wissenszurechnung nach dem Aufgabenbereich	56
(4) Eingrenzungsversuche des "Einstehen- müssens" des Geschäftsherrn außerhalb der Wissenszurechnungsfälle	57
f) Doch Wissenszurechnung in vollem Umfang?	60
(1) Gesichtspunkt des schutzwürdigen Ver- trauens	61
(2) Gesichtspunkt der Arbeitsteilung	63

VII

5. Wissenszurechnung im Großbetrieb, einführender Überblick	68
II Besitzerwerb durch einen gutgläubigen Besitzdiener bei Bösgläubigkeit des Besitzherrn	69
1. Entsprechende Anwendung des § 166 Abs. 2?	69
2. Zeitpunkt der Bösgläubigkeit des Besitzherrn	72
3. Pflicht zur Information und deren Organisation	73
a) Zurechnung des Wissens der Angestellten, die nicht selbst den Erwerbstatbestand der §§ 854, 855 erfüllen	74
b) "Wissenszusammenrechnung"	76
III Beweislast	79
IV Exkurs: Nachträgliche Bösgläubigkeit des Besitzdieners bei Gutgläubigkeit des Besitzherrn	82
§ 3 <u>Zurechnung des bei einem Besitzmittler vorliegenden Besitztziehungstatbestandes</u>	89
I Gesetzliche Regelung	
Besitzausübung durch Besitzmittler	89
II Ausdehnung des § 868 auf den Erwerbsvorgang	94
Begründung der Zurechnung	94
b) Erkennbarkeit des Besitzmittlungsverhältnisses	95
c) Entsprechende Anwendung der Stellvertretungsvorschriften	96
§ 4 <u>Bösgläubigkeit beim Besitzerwerb durch Besitzmittler</u>	97
I Besitzerwerb durch einen bösgläubigen Besitzmittler	97
1. Bisläng vertretene Auffassung	97
2. Notwendige Differenzierung der Wissenszurechnung unter dem Gesichtspunkt des § 991 Abs. 1	98

II Bösgläubigkeit des mittelbaren Besitzers bei Gutgläubigkeit des erwerbenden Besitzmittlers	101
III Exkurs: Nachträgliche Bösgläubigkeit des Besitzmittlers bei Gutgläubigkeit des Besitzherrn	102
2. Kapitel	
Zurechnung von fremdem Verhalten bei § 1004	104
§ 1 <u>Der "Störer" i.S.d. § 1004</u>	104
I Beseitigungsanspruch	104
1. Die herkömmliche Deduktion des "Störers"	105
2. Eigener Ansatzpunkt	108
3. Begründung der Beseitigungspflicht in Anlehnung an bestehende "Pflichtigkeiten"	111
a) an die "Rechtspflicht zum Handeln" bei Unterlassungsdelikten	111
b) Abstellen auf das bloße Bestehen der Handlungspflicht	112
c) Anlehnung an Art. 14 Abs. 2 S. 1 GG	113
4. Entwicklung des "Störers" unmittelbar aus § 1004	113
a) Die "Anlagentheorie" <u>Baurs</u>	114
b) Konstruktion in Parallele zu dem "Störungsfall" des § 985	115
(1) Abgrenzung des Beseitigungsanspruchs vom Unterlassungsanspruch	117
(2) Aufsuchen des "Analogons" zum Tatbestand des unrechtmäßigen Besitzes	118
(3) Besonders "problematische" Fälle	122
II Unterlassungsanspruch	127
1. Überblick über den Anwendungsbereich	127
2. Dogmatische Begründung	128
a) Wogegen richtet sich der Unterlassungsanspruch ?	128
b) Die Rolle der Duldungspflicht des § 1004 Abs. 2	130

§ 2 <u>Zurechnungsfälle</u>	132
I Tauglichkeit der §§ 855 und 868 als Zurechnungs- normen	132
1. Parallelfall zur "momentanen Detention"	134
2. Zurechnung der Störung durch abhängige Personen	135
a) Bei Verweilen auf dem beeinträchtigten Grundstück	135
b) Bei tatsächlicher Herrschaft über eine selbsttätig störende Anlage auf dem stö- renden Grundstück	135
c) bei Verbringen von Sachen auf das beein- trächtigte Grundstück	136
d) Grenze zwischen zurechenbarer Machtausü- bung und Eigenbereich des Gehilfen	136
3. Zurechnung der Störung durch weisungsunab- hängige, "besitzmittlerähnliche" Personen	138
a) Umfang der Zurechnung	139
b) Unterlassungs- und Beseitigungspflicht des Hintermannes	145
c) Unterlassungs- und Beseitigungspflicht des "Unterstörers"	146
d) Prozessuale Folgerungen	147
4. Zurechnung von Eigentumsbeeinträchtigungen durch einen gesetzlichen Vertreter	148
§ 3 <u>Kritik der gefundenen Ergebnisse</u>	148
§ 4 <u>Zurechnung von "Vorsatz oder grober Fahrlässig- keit" beim Grenzüberbau nach § 912</u>	152
I Gesetzliche Regelung	152
II Begründung der Zurechnung	152
III Beispiele	155
Literaturverzeichnis	158
Sachregister	165